

**Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung;
Wasserrechtliche Erlaubnis zur Entnahme von Grundwasser zur Bewässerung
Standort: Grundstück Fl.-Nr.366, Gemarkung Karlsfeld, Gemeinde Karlsfeld,
Landkreis Dachau**

Der Antragsteller beantragt eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Entnahme von insgesamt maximal 6.000 m³ oberflächennahes Grundwasser pro Jahr zur Bewässerung von neun Flurstücken mit einer Größe von ca. 22 ha.

Die beabsichtigte Gewässerbenutzung fällt in den Regelungsrahmen des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Somit war entsprechend § 7 UVP für das beantragte Vorhaben eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles durchzuführen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht, da ein besonders empfindliches Gebiet gem. Anlage 3 Ziff. 2.3 UVP nicht betroffen ist.

Diese Feststellung ist nach § 5 Abs. 2 Satz 1 UVP der Öffentlichkeit bekannt zu geben; sie ist nicht selbständig anfechtbar.